

SPäckDrumELF

DIE CORONA-POLITIK ALS GESCHICHTE DER AMBIVALENZEN

Die Corona-Politik in der Schweiz ist eine Geschichte der Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen. In vielen dieser Widersprüche und Ambivalenzen dreht sich die Diskussion um Themen, die auch sonst unser Leben prägen, doch in der Krise zeigen sich diese umso deutlicher.

Die Menschen mögen Ambivalenzen nicht, Politiker*innen mögen solche erst recht nicht. Sie mögen eindeutige Befunde, einfache Rezepte und klare Ansagen. Aber so ist das Leben nicht und wir würden gut daran tun, dies anzuerkennen.

Sicherheit und Freiheit

Diese Ambivalenz zieht sich wie ein roter Faden durch alle Diskussionen rund um Corona-Massnahmen. Eines der offensichtlichsten Beispiele sind die Massnahmen in den Alters- und Pflegeheimen zum Schutz der Bewohner*innen. Zu Beginn der Corona-Krise, während des Lockdowns, verordnete der Bundesrat allen Heimen ein generelles Besuchsverbot. Konkret bedeutete dies: Bewohner*innen durften ihre Institution nicht verlassen und keinen Besuch empfangen. Anders wusste man sich nicht zu helfen, als den alten Menschen ihre Bewegungsfreiheit – zu ihrem eigenen Schutz – fast vollständig zu nehmen. Dieses generelle Verbot wurde je länger es andauerte, umso heftiger kritisiert.

Wohl am deutlichsten äusserte sich Thomas Manhart, der einstige Chef des Zürcher Amtes für Justizvollzug. Er schrieb am 25. Mai 2020 im Tagesanzeiger einen vielbeachteten Gastbeitrag unter dem Titel «Die Menschen in den Heimen sind Gefangene». Darin kritisierte er, was mit den alten und behinderten Men-

schen gemacht werde, erfülle die Tatbestände der Freiheitsberaubung und der Nötigung. Er lanciert damit das Thema erstmals öffentlich. Er argumentierte, dass das Weiterleben um jeden Preis für diese Menschen gar nicht mehr im Vordergrund stehe, wohl aber das Zusammensein mit ihren Angehörigen. Die Heimbewohner*innen würden unter der Isolation mehr leiden und diese sei für ihre Gesundheit schlussendlich schädlicher.

An seinen Ausführungen ist viel Wahres dran. Manhart forderte «Lösungen im Einzelfall», ohne allerdings näher darauf einzugehen, wie diese aussehen könnten. Er betonte den Wert der Freiheit, auch da wo sie im Widerspruch zur Sicherheit steht, doch er zeigt nicht den Mut, klar zu sagen, wie viel Sicherheit man denn zu Gunsten der Freiheit aufgeben sollte. Wohl weil es darauf keine einfache Antwort gibt...

Dennoch, im Hinblick auf die zweite Welle hatten die Institutionen ihre Lehren gezogen. Curaviva, der Verband der Heime, legte im Juni 2020 einen ersten Vorschlag eines Ampelsystems vor. Mit diesem System können die Institutionen ihre Schutzmassnahmen laufend den aktuellen Begebenheiten anpassen, in Abhängigkeit der Ansteckungszahlen im Kanton. Dieses Kriterium wurde sehr bald zu Makulatur, denn im Kanton Zürich hätten ab 35 Ansteckungen pro Tag die Besuche schon sehr massiv eingeschränkt werden sollen, ab 100 gänzlich verboten. Mitte August wurde der Grenzwert erstmals klar überschritten, am 15. Oktober 2020 bereits um das Zehnfache und einen Tag später meldete der Kanton über 700 Neuankömmlinge. Trotz allem: Besuchsverbote blieben tabu. Aber das Ampelsystem setzte sich durch, primär als Instrument, um Corona-Ausbrüche in Heimen, die



Start der SP Sommerwanderung mit genügend Abstand am Bahnhof Oerlikon (Foto: Monika Wicki)

es nun landauf landab gab, wieder unter Kontrolle zu bringen.

Diese flexiblere Handhabung erlaubte die «Lösung im Einzelfall» bis zu einem gewissen Grad. Der Preis, den die Gesellschaft dafür zahlte, waren zahlreiche Corona-Ausbrüche in fast allen Heimen mit vielen Ansteckungen und vielen Todesfällen. Die gleichen Zeitungen, die im Frühsommer die unhaltbare Freiheitsberaubung der Heimbewohnenden kritisiert hatten, beklagten nun die Gleichgültigkeit gegenüber den vielen Corona-Toten in unserem Land.

Selbstbestimmung und Solidarität

In dieser Frage nach der Ambivalenz zwischen Sicherheit und Freiheit schwingt eine andere mit: Die nach Selbstbestimmung und Solidarität. Wir entscheiden nicht für uns alleine, sondern in Abhängigkeit und (hoffentlich) in Solidarität mit anderen.

Die Schweiz erlebte in der ersten Welle, während des Lockdowns, eine Welle der Solidarität, die gerade uns politisch Linken hoffnungsvoll stimmte. Diese Solidarität zeigte aber sehr bald eine unschöne Kehrseite: Nämlich den Anspruch an Schwächere, die da geschützt wurden, dass sie gefälligst dankbar sein sollten für die Opfer, die die Gesellschaft für sie bringt, auch dann, wenn sie nie danach verlangt hatten. Ältere Menschen, die sich während des Lockdowns im März und April im öffentlichen Raum bewegten, ernteten vorwurfsvolle Blicke, Anfeindungen gar. Sie erlebten Ausgren-

zung, Stigmatisierung und Entmündigung, gegen die sie sich nicht wehren konnten. Eine ältere Bekannte sagte mir einmal, sie wünsche sich, es gäbe ein offizielles Formular, auf welchem sie erklären könne, dass sie kein Spitalbett beanspruche, sollte sie sich mit Corona anstecken. Dafür wolle sie ihre Freiheit und Selbstbestimmung zurück. Doch diese Möglichkeit gab es nicht.

Dieses Faktum ist interessant, denn die Selbstbestimmung hat sonst eine sehr hohe Bedeutung, auch im Hinblick auf Leben und Tod. Die Möglichkeit der Sterbehilfe gilt in linken Kreisen eindeutig als Fortschritt, die Option der Abtreibung erst recht – eine Errungenschaft. Im Kontext von Corona wurde die Frage weniger diskutiert, teilweise gar abgewürgt. Ich erinnere mich an einen Parteikollegen, der sich darüber entrüstete, dass die Bewohnenden von Pflegeheimen nun gefragt würden, ob sie im Falle einer Corona-Ansteckung ins Spital verlegt werden wollen. Er sah darin eine Nötigung. Er war sich offensichtlich nicht bewusst, dass die Frage danach, welche Behandlungen in welchem Fall noch gewünscht würden, spätestens bei einem Eintritt in ein Pflegeheim zum Standardprozess gehört, seit vielen Jahren schon. Das ist richtig und wichtig, wenn die Selbstbestimmung der Menschen auch im hohen Alter ein ernsthaftes Anliegen sein soll.

Gesundheit und Wirtschaft

Eine weitere Ambivalenz, ein Zielkonflikt, ist natürlich der zwischen Gesundheit und Wirtschaft. Die Frage, wie viel wirtschaftlicher Schaden oder Ausgaben an Unterstützungsleistungen man zugunsten von wieviel Gesundheit oder Menschenleben einsetzen möchte. Bundesrat Ueli Maurer drückte das Ende November in der Rundschau treffend aus. Auf die Kritik, die Corona-Krise sei mit den hohen Fallzahlen und Todesfällen aus dem Ruder gelaufen, sagte er: «Wir sind bewusst dieses Risiko eingegangen, weil wir eine Güterabwägung gemacht haben.» Nicht nur die Gesundheit – die sei wichtig – aber auch die Wirtschaft müsse leben und ein gesellschaftliches Leben müsse auch möglich sein.

Für diese Aussage wurde er, vor allem in linken Kreisen, harsch kritisiert. Dabei hat er absolut recht. Natürlich kann man kritisieren, wie diese Güterabwägung

stattgefunden hat, mit welcher Gewichtung und mit welchem Resultat. Aber dass sie stattfindet, ist nicht nur wahr, sondern auch richtig.

Genauso wie es wichtig und richtig ist, dass Ethiker*innen sich Gedanken machen, wie eine Triage aussehen müsste, wenn Atemgeräte und Intensiv-Pflegeplätze knapp werden. Denn wenn solche Massnahmen nötig werden, soll es eine Handhabung in dieser Frage geben und der Entscheid nicht einfach den behandelnden Ärzt*innen überlassen werden. Sich die Frage nicht zu stellen, heisst, sich vor der Verantwortung zu drücken.

Impfung und Ansteckung

Eine weniger offensichtliche Ambivalenz besteht zwischen den Risiken einer Impfung gegen Corona und jenen einer Ansteckung. In beiden Fällen stehen sich verhärtete Fronten gegenüber. Die einen behaupten ungeniert, es sei erwiesen, dass die Impfung ohne Risiko sei. Dies ist zumindest bezogen auf allfällige Langzeitfolgen falsch, denn bei einer Impfung, die im Laufe des letzten Jahres entwickelt wurde, kann schlicht keine evidenz-basierte Aussage zu Langzeitfolgen gemacht werden. Skeptiker*innen pauschal mit Aluhut-Träger*innen in einen Topf zu werfen, dient der Sache nicht.

Die Datenlage bezüglich der Langzeitfolgen einer Corona-Erkrankung ist mindestens ebenso dürftig, aber es sind eindeutig schon mehr schwere Langzeitfolgen bekannt. Bei einem Entscheid für oder gegen eine Impfung muss folglich das Risiko dieser Impfung gegen jenes einer Ansteckung mit schwerem Krankheitsverlauf abgewogen werden.

Dabei kann es heilsam sein, die unsägliche Diskussion, ob eine Person an oder mit Corona gestorben ist, auch auf die Auswirkungen einer Impfung anzuwenden. Ja, es sind schon Menschen mit einer Corona-Impfung gestorben. Das war nicht nur den Gratiszeitungen sofort eine Schlagzeile wert. Die zentrale Aufgabe, die die Medien haben, nämlich eine Einordnung von Ereignissen vorzunehmen, wurde erst vorgenommen, als die erste Meldung genügend Klicks eingebracht hatte. Auch hier spielten die Medien eine unrühmliche Rolle: Dass zur Macht der «vierten Gewalt» auch die Verantwortung gehört, erst recht in Krisenzeiten, davon ist wenig zu spüren.

Impressum

Redaktion:

Heidi Egger, Dominique Puenzieux,
Jonas Keller und Ursina Merkler.

Herausgeberin:

SP11, Postfach, 8050 Zürich,
www.sp11.ch

E-Mail:

kurzundbuendig@sp11.ch

Erscheint 1x jährlich im März.

Auflage 440 Stück.

Layout und Satz: Heidi Egger

Druck: www.printoset.ch

Zum Schluss

Die Diskussion um die Corona-Politik ist eine Diskussion um Ambivalenzen und Interessensabwägungen. Wie in fast allen politischen Diskussionen tun wir gerne so, als wäre nur eine Haltung denkbar, nur eine Haltung richtig und alle anderen falsch, ja sogar verwerflich. Ich persönlich bin überzeugt, dass das nicht stimmt. Das Ausblenden von Ambivalenzen behindert die politische Diskussion und schmälert die Qualität unserer Entscheidungen. Ich denke, es ist wichtig, dass wir auch die Sichtweise und die Argumente der Gegenseite als berechtigt und relevant anerkennen und in den Diskurs einbeziehen. Wir müssen einer Haltung nicht zustimmen, aber wir sollten sie respektieren und darlegen können, warum wir sie nicht teilen. Das würde ich mir für alle politischen Diskussionen wünschen und erst recht, wenn die Ausgangslage so unklar und unübersichtlich ist wie jetzt.

Nachbemerkung

Nein, nicht alles in der Diskussion rund um die Corona-Krise ist ambivalent oder gar widersprüchlich. Die Systemrelevanz

und die Wertschätzung gewisser Berufe sind es nicht. Es ist ebenso offensichtlich wie unsinnig, dass gerade Berufe, die sich in der Krise als besonders systemrelevant gezeigt haben, oft besonders wenig Wertschätzung erhalten. Allen voran die Pflege- und Betreuungsberufe, aber auch Jobs im Verkauf und in der Reinigung. Sie alle sind typische Frauenberufe, sie alle sind hochgradig systemrelevant und sie alle haben schlechte Arbeitsbedingungen und sind im Verhältnis zu ihren Anforderungen tief entlohnt. Hier besteht keine Ambivalenz, sondern nur ein Mangel an politischem Willen. Hier können und sollen wir mit aller Vehemenz fordern, dass Systemrelevanz und Wertschätzung eines Berufes korrelieren müssen. Und Wertschätzung meint hier nicht Klatschen und schöne Worte, sondern faire Löhne, mehr Stellen, mehr Ausbildungsplätze, bessere Anstellungsbedingungen. Dafür kämpfen wir – mit der Unterstützung der Pflege-Initiative, mit der Mindestlohn-Initiative und in unserer alltäglichen politischen Arbeit.

Marion Schmid, Gemeinderätin, SP 1/2 ■

Jahresberichte aus dem Kantonsrat

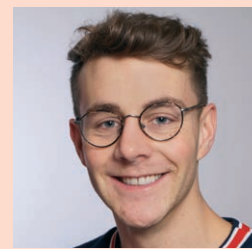
WIE TAGT DER RAT BEI HOME-OFFICE?

Auch der Zürcher Kantonsrat wurde von Corona heftig durchgeschüttelt. Mitte März 2020 sind erstmal ein paar Sitzungen ausgefallen. Dann konnten wir als erstes Parlament in der Schweiz wieder zusammensitzen: In der Halle 7 unter dem Dach der Messe Zürich haben wir einen grossen Saal mit genügend Abständen nutzen können. Aber wir sind immer physisch zusammengekommen und haben nie das Home-Office ernst genommen und versucht, eine virtuelle Sitzung zu machen.

Die Kommissionsitzungen fanden grösstenteils in Räumen statt, die genügend Abstand erlaubt haben. So waren einige Sitzungen im Rathaus; wenn dann 20 Menschen zusammenkommen, kann man sich gut mit genügendem Abstand verteilen. Wir von der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) waren eine von ganz wenigen Kommissi-

onen, die echte virtuelle Sitzungen gemacht haben. Und ich muss sagen, das hat bei uns sehr gut geklappt. Dazu haben wir WebEx genutzt. So konnten auch Kommissionsmitglieder in Quarantäne oder die schwangere Rosmarie Joss (SP Dietikon) problemlos teilnehmen.

Ich habe bereits am 20. April die Motion 115/2020 «Virtueller Kantonsrat» eingereicht, die verlangt, dass wir auch in einer Videokonferenz tagen können. Denn ich bin der Überzeugung, dass auch wir die Home-Office-Pflicht ernst nehmen sollen und uns eben nicht physisch treffen und dazu mit dem öffentlichen Verkehr alle zusammen kommen. Dieser schnelle Vorstoss kam zustande, da ich mich seit Anfang April intensiv mit virtuellen Parlamentssitzungen befasse. Da reingerutscht bin ich, da ich auf Twitter folgenden Aufruf gesehen habe:



Jonas Neuenschwander, SP11

S'PASST, S'PASST NÖD.

S'passt: Zeit mit meinen Freunden verbringen. Ein feiner Brunch. Spaziergänge im Wald und am See. Lange und spannende Diskussionen über die Welt. Über Gefühle und Emotionen sprechen. Über Möglichkeiten und Lösungen philosophieren, damit es für alle besser sein könnte. Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens. Offen sein für Neues. Unterschiedlichkeiten als Vorteil betrachten. Der öffentliche Verkehr. Innovationen, welche die Welt sozialer und grüner machen. Dass endlich die Ehe für alle kommt. Dass wir die Möglichkeit haben, die Politik mitzugestalten und in einer halb direkten Demokratie leben. Feminismus. Gleichstellung. Toleranz.

S'passt nöd: Dass der Wohlstand steigt, aber das Vermögen immer ungerechter verteilt ist. Dass Menschen an Hunger sterben. Dass wir in einer Welt voller Überfluss leben. Dass die Selbstverwirklichung mehr zählt als die Gesellschaft. Dass heute immer noch Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Rechtsextremismus. Dass es unserem Klima immer schlechter geht. Dass Profit wichtiger ist als der Klimaschutz. Dass Menschen nicht auf Fleisch verzichten oder den Fleischkonsum zumindest stark reduzieren können. Wenn Menschen die Augen vor der Realität verschliessen. Das Patriarchat. Dass Männer mehr verdienen als Frauen. Dass Frauen sexuell belästigt werden. Grenzen und Zäune. Dass Menschen im Meer ertrinken und wir am Überfluss des Konsums. ■



Nach diesem Aufruf habe ich am Hackathon Versus Virus teilgenommen und dabei auch die Gruppe gefunden, welche diese Herausforderung angenommen hat. Innert 48 Stunden konnten wir viele spannende Gespräche führen, z. B. mit der Nationalratspräsidentin Isabel Moret, und konnten einen ersten funktionsfähigen Prototypen bauen.

Und dann hat uns die Sache nicht losgelassen. Nach Versus Virus hat sich eine Gruppe von sechs Enthusiasten gefestigt. Mit mir sind drei davon sogar in der SP. Und wir alle sind interessiert und ausgebildet in Informatik, Statistik und Politik. Obwohl das Thema der virtuellen Parlamente global ist, sind wir alle mit Bern, Luzern und Zürich in der Schweiz und fünf von uns sind sogar Schweizer Bürger. Nur schade, dass wir keine Frau im Team haben.

Durch unsere weitere Arbeit haben wir auch beim Global Hack einen weiteren Preis gewonnen und wurden dann bei Versus Virus in das Incubator Program aufgenommen. So haben wir den ganzen Sommer Konzepte geschrieben, an der Lösung programmiert und versucht, interessierte Parlamente zu finden.

PANDEMIA PARLIAMENT

bring the parliament back together - online

Die ganze Arbeit und Organisation fand selbstverständlich in virtuellen Sitzungen statt. Wir haben uns im Sommer nur ein einziges Mal physisch getroffen und kennengelernt. Aber das Treffen in Bern haben wir nicht zum Arbeiten genutzt, sondern die Zeit mit Bier am Grill und einem Schwumm in der Aare genossen. Wir haben uns alle von Anfang an auch persönlich sehr gut verstanden und es war gar nicht so, als wenn wir uns noch nie getroffen hätten.

Aber die Nachfrage ist leider nicht so gross. Die Parlamente haben ihre Notlö-

sungen in Messehallen gefunden und kein Interesse an Alternativen. Mit einer Ausnahme. Peter Metzinger von der FDP Dietikon hat dort im Gemeinderat den Antrag gestellt, mit Pandemia Parlament einen Versuch zu machen. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, aber Peter hat doch einige Mitglieder des lokalen Parlaments zusammengetrommelt und wir haben alle zusammen einen ersten Versuch gemacht. Nach ein paar Startschwierigkeiten lief es dann auch richtig gut und wir konnten eine echte Sitzung simulieren. Mit klarem Rederecht, Liste der Sprechenden und selbstverständlich mit Abstimmungen. Aber weitere Parlamente konnten wir bis heute nicht dazu bringen, wenigstens einen Versuch zu starten. Dennoch bin

ich sicher, dass nur Versuche die echten Probleme aufzeigen und dann auch die Chancen entdeckt werden. Sei es, dass die Bevölkerung im virtuellen Raum einfacher den Kontakt zu den Mitgliedern des Parlaments findet oder dass man an den Sitzungen auch teilnehmen kann, wenn man aus anderen Gründen gerade nicht ins Rathaus kann.

Nun versuchen wir am Thema zu bleiben. Vielleicht hilft dieser Artikel, neues Interesse zu wecken. Ganz sicher wird es dann wieder aktuell, wenn meine Motion, die ich zur Mehrheitsfähigkeit in ein Postulat umgewandelt habe, im Zürcher Kantonsrat in der Messehalle zur Sprache kommt.

Felix Hoesch

RÜCKSCHRITT, STILLSTAND ODER FORTSCHRITT?

Im vergangenen Jahr hat bekanntlich Corona unser aller Leben geprägt. Doch ich möchte mich dazu nicht weiter äussern. Nur: nach einer anfänglichen Lähmung des Kantonsrates im ersten Lockdown wurde eine Flut von (teilweise sinnlosen) Corona-Vorstössen eingereicht. Doch als es dann während der Budgetdebatte tatsächlich darum ging, den Einsatz der Pflegenden zu honorieren, waren sich die Parteien derart uneinig, dass am Ende alles beim Alten blieb. Fazit: Stillstand im Service Public. Doch nicht in allen Bereichen ist ein Stillstand zu verzeichnen, und so will ich auch von Rück- und Fortschritten berichten.

Nach wie vor bin ich Mitglied der Kommission für Bildung und Kultur und damit an der Bildungs- und Kulturpolitik im Kanton nah dran. Nach einer jahrelangen Blockade unserer zwischen 2016 und 2019 eingereichten Bildungsvorstösse bspw. zur frühen Deutschförderung, zur Situation der Kindergartenlehrpersonen, zur Umsetzung des neuen Berufsauftrags, zu den Vorbereitungskursen für das Gymnasium oder zum ausbeuterischen Praktikant*innenwesen wurden viele davon in diesem Jahr im Rat diskutiert und behandelt. Einige konnten überwiesen werden. So werden wir in der Kommission für Bildung und Kultur diskutieren können, ob Gemein-

den künftig vom Kanton im Bereich der Frühen Förderung stärker subventioniert werden oder ob auch Kindergartenlehrpersonen für 100% Arbeit 100% Lohn erhalten sollen. Ebenso werden wir diskutieren, dass der Kanton ein umfassendes Konzept für den Fernunterricht erarbeiten soll, bei dem die Bildungschancen von sozial benachteiligten Kindern und Kindern mit Beeinträchtigungen erhalten bzw. weiter gestärkt werden. In diesen Bereichen können wir tatsächlich Fortschritte verzeichnen.

Rückschritte hingegen gab es bei der Bildungsfinanzierung. Zwar konnten in der Budgetdebatte pauschale Lohnkürzungen bei Lehrpersonen vermieden werden, doch unbegründete und willkürliche Sparmassnahmen bei der Kinder- und Jugendhilfe, beim Lehrmittelverlag, bei der Ausbildung von heilpädagogischen Fachpersonen und Lehrpersonen sowie bei Universität und Fachhochschule mussten wir, wegen des bürgerlichen und damit sparwütigen Stimmverhaltens der GLP, leider hinnehmen. Die GLP stimmt grün, aber oft etwas asozial. Das ist unterdessen sichtbar geworden.

Und wie geht es weiter? Betrachten wir die Traktandenliste des Kantonsrates, so finden wir im Januar 2021 190 pendente Geschäfte. Die Arbeit wird uns sicher nicht ausgehen. Auf drei Geschäfte



Klimaaktivist*innen vor der Messe 7, dem ehemaligen neuen Rathaus, im Frühling 2020 (Foto: Monika Wicki)

freue ich mich besonders: Kürzlich wurde die Einzelinitiative 475/2020 «Stärkung der öffentlichen Sekundarschulen durch einen prüfungsfreien Übertritt an die weiterführenden Schulen der Sekundarstufe II» eingereicht.

Der Erstunterzeichner, Peter Haberstich, hat den Vorstoss als Mitglied der kantonalen Bildungskommission der SP eingereicht. Gefordert wird der prüfungsfreie Übertritt aus der Sek I in die Maturitätsschulen. Es soll ein Anreiz geschaf-

fen werden, dass mehr Kinder erst nach der zweiten Sekundarschule ins Gymnasium wechseln, was gleichzeitig zu mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem führt. Weiter werden wir über die Anstellungsbedingungen der Kindergartenlehrpersonen und auch über die Frühe Förderung verhandeln.

Spannend bleibt es auf jeden Fall. Die Geschäfte bieten immer wieder Gelegenheit, geschickt zu verhandeln und Mehrheiten für linke Anliegen zu gewinnen. Auch hat die grüne Allianz im Moment die besten Voraussetzungen, Nägel mit Köpfen zu machen, damit langfristig die gesetzlichen Grundlagen für eine nachhaltige Energieversorgung sowie Verkehrs- und Raumentwicklung gelegt werden. Unsere Stärke muss dabei sein, die grünliberalen Menschen für die sozialen Anliegen zu sensibilisieren und zu gewinnen. Auch hier ist Strategie und Taktik gefragt.

Monika Wicki

Jahresberichte der Gemeinderät*innen

ZAHLREICHE GESCHÄFTE ABGESCHLOSSEN

Teillohnangebote in Zeiten von Corona. Von Nadia Huberson

Es ist nicht einfach, aus der Sozialkommission zu berichten, ohne die Coronakrise zu erwähnen. Die Kommission hat sich im letzten Jahr u.a. mit der Arbeitsintegration beschäftigt bzw. über die Weisung des Stadtrats zur Finanzierung der Teillohnangebote beraten.

Die Stadt Zürich unterstützt Jugendliche und Erwachsene gezielt bei der Integration in die Arbeitswelt und bei der Wiedereingliederung ins Erwerbsleben. Ein wichtiges Element dieser Unterstützung ist auch der Erhalt der Arbeitsfähigkeit jener Personen, die aufgrund der aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt wenig Chancen auf eine Anstellung haben. Der Arbeitsmarkt in der Schweiz hat sich in den letzten Jahren verändert. Die Anzahl an Stellen für Niedrigqualifizierte nahm im Verlauf der vergangenen Jahre stetig ab. Die Arbeitslosigkeit bei den Ungelernten und den Angelernten nimmt dementsprechend kontinuierlich zu. Dazu kommt, dass viele Sozialhilfebeziehende nicht oder nur schlecht beruflich qualifiziert sind und somit über

eher geringe Chancen verfügen, wieder eine Stelle auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Das Sozialdepartement arbeitet bei der beruflichen und sozialen Integration von Sozialhilfebeziehenden mit einer neuen Strategie. Der Kern dieser Strategie ist ein Paradigmenwechsel von der Sanktionierung hin zur Befähigung und Motivation der Betroffenen. Alle Sozialhilfebeziehenden haben ein Recht auf Teilnahme an einem passenden Arbeits- und Beschäftigungsangebot. Die Angebote müssen gut auf den individuellen Bedarf und die Ressourcen der Teilnehmenden abgestimmt werden. Die Mehrheit der Sozialkommission, also alle Fraktionen ausser der SVP, haben die Weisung des Stadtrats unterstützt.

Die bisher angedachten Teillohnangebote wurden vor der Coronakrise verhandelt und berücksichtigen ihre allfälligen Auswirkungen nur beschränkt. Es ist zu erwarten, dass in den kommenden Monaten und Jahren die Arbeitslosigkeit zunimmt und Selbstständige und Freiberufler schneller in die Sozialhilfe fallen. Das sind Kategorien von Arbeitsmarktteilnehmenden, die man in diesem

Zusammenhang bisher weniger gesehen hat. Für sie soll ein neu angepasstes Angebot erstellt werden. Dazu soll das Sozialdepartement neue und innovative Angebote berücksichtigen, allenfalls auch Pilotprojekte oder kleinere Teillohnanbieter. Deswegen habe ich zusammen mit den Vertreter*innen der GLP, FDP und Grünen eine Motion zur Überarbeitung der Verordnung über die Bewilligung der Ausgaben für Arbeitsintegration eingereicht, damit das angepasste Vorgehen auch auf rechtlichen Grundlagen beruht und es auch in Zukunft eine individuelle Förderung geben kann.

Gemeindeordnung, Geschäftsordnung und Corona. Von Michel Urben

Auch im vergangenen Jahr durfte ich wieder für die SP11 im Gemeinderat sein und dort wie seit 2010 in der Spezialkommission Tiefbau- und Entsorgungsdepartement, Departement der Industriellen Betriebe Einsitz nehmen. Wir haben dieses Jahr sehr viele Geschäfte behandelt. Hier nur zwei Müsterchen aus der Kommission.

Über den Energieverbund Altstetten-Höngg (ewz /e360° AG) bzw. den Stand der Umsetzung/Planung wurden wir ausführlich informiert. Die umweltfreundliche Wärme/Kälte wird weiter ausgebaut.

Ein interessantes Geschäft war für uns «Zürinördler» der Investitionsbetrag an die Kosten der Einhausung Schwamendingen und die Verbreiterung der Unterführung Saatlenstrasse, ein neuer Verpflichtungskredit aufgrund wesentlicher Zweckänderungen. Die Bedürfnisse haben sich geändert und es entsteht der grösste Hochpark der Schweiz. Es werden neu Schattendächer und mehr Baumbepflanzung eingeplant. Zudem wird auf dem Ueberlandpark ein vielseitig nutzbarer Pavillon gebaut werden. Der Pavillon wird die soziokulturellen Angebote der angrenzenden Quartiere ergänzen und eine hohe Aufenthaltsqualität aufweisen. Die geplanten Spiel- und Aufenthaltsbereiche sollen dem Standard von GSZ entsprechend ergänzt und erweitert werden. Für die Spielbereiche «Dreispietz» und «Schörli» wird ein Submissionsverfahren durchgeführt. Es werden zwei vorher nicht geplante öffentliche ZüriWC-Anlagen erstellt. Man kann sich auf diesen tollen, aussergewöhnlichen Park freuen.

Seit Mai 2019 bin ich noch im Büro des Gemeinderats, welches jeweils am Montag Sitzung hat. Das Büro bzw. die Geschäftsleitung des Gemeinderats plant unter anderem die Sitzungen und alles Organisatorische. Dies war in diesem Jahr alles andere als einfach. Covid ist jeden Montag traktandiert und es werden Beschlüsse gefasst, die zum

Schutz der Gemeinderät*innen und der Demokratie vonnöten sind. Zudem mussten wir mit der neuen Gemeindeordnung und jetzt mit der Geschäftsordnung zwei wichtige und grosse Weisungen behandeln. Vier Stunden und mehr sind als «Zoom»-Sitzungen über den PC sehr ermüdend. Trotz der nicht idealen Umstände schätze ich die Arbeit in der Geschäftsleitung und in der Kommission.

Wohnbaupolitik – Bericht aus der Spezialkommission Finanzdepartement. Von Anjushka Früh

Auch im Jahr 2020 hat sich die Spezialkommission Finanzdepartement mit vielen unterschiedlichen, interessanten Themenkreisen beschäftigt. Insbesondere haben wir uns auch dieses Jahr verschiedentlich mit wohnbaupolitischen Fragen auseinandergesetzt. Ich möchte nachfolgend auf zwei der Projekte vertiefter eingehen.

Einerseits konnte der Stiftung Jugendwohnnetz Juwo mit einem Baurecht ermöglicht werden, an der Herdernstrasse 56 im Quartier Aussersihl eine Überbauung mit rund 95 Zimmern für junge Erwachsene in Ausbildung zu erstellen. Bei diesem Grundstück handelt es sich aufgrund der strassenlärmbelasteten Lage des Grundstücks und der kleinteiligen Raumgliederung im inventarisierten Gebäude um ein spezielles Objekt, das für konventionellen Wohnungsbau nur schlecht geeignet wäre. Die einschränkenden Rahmenbedingungen eignen sich besser für befristetes Wohnen. Es entstehen so Wohnungen mit zwei bis sieben Zimmern. Dadurch kann drin-

gend nötiger bezahlbarer Wohnraum für junge Menschen in Ausbildung geschaffen werden.

Als weiteres Projekt konnten wir die dringend benötigte Gesamtinstandsetzung der 90-jährigen Wohnsiedlung Birkenhof im Quartier Unterstrass behandeln. Der bauliche Zustand macht eine Sanierung notwendig, die letzte Gesamtinstandsetzung erfolgte vor 47 Jahren. Die Wohnsiedlung wird nun für eine weitere Nutzungsdauer von 30 Jahren instand gesetzt. Dabei erfolgen alle Massnahmen in enger Abstimmung mit der Denkmalpflege. Alle noch vorhandenen Originalbauten wie Täfer, Wandschränke, ursprüngliche Bodenbeläge und Fassadenmalereien bleiben erhalten. Die Veloparkierungsmöglichkeiten in der Wohnsiedlung werden zudem verbessert und ausgebaut. Nach der Instandsetzung stehen 96 2- bis 4-Zimmer-Wohnungen zur Verfügung, die zur Kostenmiete vermietet werden. Dies ganz im Sinne des in der Gemeindeordnung verankerten Drittziels.

Auch im Jahr 2021 wird uns in der Finanzkommission die Wohnbaupolitik weiter intensiv beschäftigen. Ich bin gespannt, welche konkreten Projekte auf uns zukommen werden.

Endlich ist der PUK-Bericht da. Von Florian Blättler

Über drei Jahre hat es gedauert, doch nun liegt der Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission zu den Vorfällen rund um Entsorgung und Recycling Zürich auf dem Tisch. Wer auf die grosse Sensation gewartet hat, wer die Enthüllung eines neuen medial ausschlagbaren Skandals erwartet hat, wurde (vorhersehbar) enttäuscht. Es ist den beteiligten Parlamentarier*innen der PUK anzurechnen, dass sie Politik aus der Untersuchung herausgehalten haben. Der Bericht ist eine sachliche und detaillierte Nacherzählung und Aufsummierung der Übertretungen des legalen Handelns. Er fokussiert dabei vor allem auf den Kreis der jeweils involvierten Personen und zeigt auf, wer zu welchem Zeitpunkt die Möglichkeit oder Pflicht gehabt hätte zu intervenieren. Vor allem das (Nicht-)Handeln des Gemeinde- und Stadtrats war dabei von Interesse.

Wer nicht alle rund 450 Seiten lesen will: gut kommt im Bericht niemand wirklich weg. Neu aufgerollt werden im Bericht



Der Kantonsrat tagt seit Januar 2021 in der Messehalle 9 (Foto: Monika Wicki)

die Gebühren für Abfall, Abwasser und Fernwärme. Dieses Kapitel sollte gerade in unserer Partei gelesen werden, lagen sich doch vor 15 Jahren mit Stadtrat und Preisüberwacher zwei Genossen darüber in den Haaren. Dies hätte bereits damals der Anlass sein müssen, um das Thema in der SP zu diskutieren.

Der Bericht zeigt nun, dass von ERZ widerrechtlich pro Jahr rund 70 Millionen Franken mehr Gebühren eingenommen wurden, als wirklich an Kosten anfielen. Pro Person und Jahr macht das rund 200 Franken. Da solche Gebühren in ihrem Grundsatz degressiv sind, das heisst Personen mit schmalem Budget überdurchschnittlich belasten, müsste es für uns ein Imperativ sein, solchen Missbrauch zu bekämpfen.

Leider fürchte ich, dass in diesem Fall Moralismus das korrekte Handeln verhindert hat: der Abfallsünder als verwerfliches Subjekt, welches bestraft gehört. Dabei wird ausgeblendet, dass die Höhe der «Strafe», also des Preises für Abfall, keine oder nur minimale Lenkungswirkung hat. Wo sie aber eine deutliche Wirkung zeigt, ist bei kleinen Haushaltsbudgets.

Velorouteninitiative und Richtplan.

Von Heidi Egger

Trotz allen Widrigkeiten war das letzte Jahr sehr arbeitsintensiv. Wir haben viele neue Weisungen bekommen, haben aber auch noch viele ältere, die noch nicht abgeschlossen sind. Das Highlight für mich war aber die Weisung zur Velorouteninitiative, die im Februar mit einer Mehrheit des Gemeinderats angenommen wurde. Die Volksabstimmung war für Ende März geplant. Schon bald war klar, dass die Abstimmung auf den September verschoben werden musste. Sie wurde dann mit einem klaren Mehr von der Stadtzürcher Bevölkerung angenommen. Parallel dazu gab es mehrere Vorstösse für Velowege, an der eine Mehrheit der Kommission SID/V mitgemacht hatte. Jetzt fordern wir ganz klar von Richi Wolff, dass er in der Planung vorwärts macht und das Velo fahren an Attraktivität und Sicherheit gewinnt.

Seit September bin ich nun noch in der «Besonderen Kommission SLÖBA/V». Dort werden der neue kommunale Richtplan «Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen» und der kommunale Verkehrsrichtplan beraten. Es ist nicht einfach, nachdem die Kommission



Standaktion in Zeiten von Corona (Foto: Felix Hoesch)

schon fast ein Jahr diskutiert hat, noch alles zu verstehen. Und trotzdem finde ich das Thema sehr spannend. Voraussichtlich im April werden wir die Richtpläne im Rat besprechen. Wie in der Budgetdebatte werden wir alle Anträge besprechen und darüber abstimmen müssen. In der Kommission geht's jetzt darum, die Anträge vorzubereiten.

Nach dem Corona-Lockdown war klar, wir können so schnell nicht mehr ins Rathaus. Seitdem tagten wir in der Messe 7 in Oerlikon. Am Anfang war es komisch, so weit auseinander zu sitzen in dieser grossen Halle. Jetzt habe ich mich an meinen eigenen Tisch gewöhnt. Seit diesem Januar sind wir nun in der Messe 9. Wann und ob wir wieder ins Rathaus können ist fraglich.

Wachstum und Stadtentwicklung.

Von Nicole Giger

Zürich hat viel zu bieten. Arbeitsplätze, vielfältige Kunst und Kultur, ein dicht ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz, renommierte Bildungsinstitutionen, urbanes Stadtleben und grüne Oasen, Sicherheit und Stabilität und eine vorbildliche Gesundheitsversorgung. Auch in Städterankings, die jährlich die lebenswertesten Städte auszeichnen, ist Zürich immer wieder unter den Top 3 zu finden. Die Anziehungskraft Zürichs als Wohn- und Wirtschaftsstandort ist gross. Seit den 1990er Jahren ist Zürich gewachsen und es wird davon ausgegangen, dass dies auch in naher Zukunft so sein wird. Schätzungen gehen davon aus, dass 2040 gemäss mittlerem Bevölkerungsszenario 520 000 Menschen auf Stadtgebiet leben werden, das sind 100 000 mehr als im Referenzjahr 2015.

Die Kommission – mit dem wahrscheinlich wohlklingendsten Namen – die SLÖBA/V beschäftigt sich nun schon über ein Jahr mit dem kommunalen Siedlungs- und Verkehrsrichtplan, dessen Inhalt das Wachstum und die Entwicklung dieser Stadt ist. Die Kommission tagt seit November 2019 fast alle zwei Wochen zum Thema und setzt sich mit dem Richtplan und Karteneinträgen auseinander. Seit dem Frühling 2020 diskutieren wir über Anträge und Begleitvorstösse. Wir von der SP versuchen Durchmischung und lebendige Quartierzentren im Richtplan zu verankern, setzen uns für Grünraum ein, der nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ vorhanden sein muss. Wir wollen ein sozialverträgliches Wachstum, das Dichte zulässt und fördert, zeitgleich aber die Menschen im Mittelpunkt sieht und sie vor Verdrängung, aber auch Lärm oder Umweltbelastungen so gut als möglich schützt. Zentral sind zudem Fuss- und Velowege, die es auszubauen, zu sichern und attraktiver zu gestalten gilt. Auch die Klimaziele müssen Eingang im Richtplan finden, eine hohe Biodiversität sowie Lebens- und Vernetzungsraum für Flora und Fauna gilt es zu erhalten und zu fördern. Der Siedlungs- sowie der Verkehrsrichtplan werden Anfang/Mitte April 2021 im Rat behandelt, bis dahin gilt es weiterhin Mehrheiten zu schaffen, Lösungen zu suchen und Forderungen auszuformulieren. Die SP ist bestrebt, eine hohe Lebensqualität für alle in der Stadt zu sichern, sodass dieses Wachstum keine Ängste verursacht, sondern als Chance für Zürich, die kleinste grosse Grossstadt, gesehen werden kann.

Kein Rosengartentunnel. Von Hans Jörg Käppeli

Wir haben die Rosengarten-Tunnel Abstimmung mit einem Glanzresultat gewonnen. Eine Ohrfeige für die bürgerliche Autolobby. Das ist vor allem der Verdienst des Quartiers und des VCS. Die SP11 hat sich ebenfalls engagiert und die Kosten mitgetragen. Das Ergebnis ist einfach nur eine riesige Freude. Wir sollten nicht unterschätzen, dass das ein Wegbereiter ist für unseren Kampf gegen übermässigen motorisierten Individualverkehr (MIV) in Affoltern auf der Wehntalerstrasse. Da möchten wir euphorisch sein. Aber das ist im Tiefbauamt und bei Richi Wolff noch nicht angekommen.

Viele Projekte wie die Tramhaltestelle in der Schaffhauserstrasse beim SBB-Bahnhof Oerlikon kommen nicht voran. Unsere Vorstösse zur Beschleunigung prallen ab.

Ich habe in der Verkehrskommission viele Projekt verbessern können, wie zum Beispiel für die Zollstrasse. Andere Projekte, die immer noch vom MIV dominiert sind und nicht genügend gut sind für Zufussgehende, Velofahrende und ÖV, habe ich geholfen, an den Absender zurück zu schicken.

Bei Baulinienvorlagen verlangen wir erfolgreich mehr Platz für breitere Trottoirs und Bäume.

Für die Sonderbauvorschriften für Neu-Oerlikon habe ich Anträge für mehr Platz

für Zufussgehende und Velofahrende gefordert. Ich werde meine Gspänli in der zuständigen Kommission im Jahr 2021 bei der Beratung unterstützen.

Für die Behindertenorganisationen prüfe ich die Projekte für Tram- und Bushaltestellen und schreibe Einwendungen und Einsprachen. Das hilft durchaus in der späteren Behandlung in der Verkehrskommission Verbesserungen einzufordern. So haben wir mit dem Budget ein unsägliches Projekt gestoppt.

Desgleichen prüfe ich die Strassenprojekte hinsichtlich der Veloinfrastruktur und beteilige ich mich in der Velo-Gruppe der SP Stadt.



Bericht aus der Geschäftsleitung 2020

DIE GR-WAHLEN STEHEN AN

Auch die Arbeit der Geschäftsleitung wurde dieses Jahr natürlich von der Corona-Pandemie dominiert. Im Fall der GL bedeutete das vor allem, dass die meisten Sitzungen online stattfanden und auch die städtischen Veranstaltungen, wie zum Beispiel Delegiertenversammlungen und Sitzungen des Parteivorstands, ins Internet verlegt wurden. Dabei hatten wir das grosse Glück, ein Seki zu haben, das nicht nur das technische Know-How dafür hat, sondern auch so flexibel ist, innert kürzester Zeit nach einer Änderung der Corona-Strategie eine Veranstaltung komplett in den digitalen Raum zu verlegen.

Ansonsten hat die GL normal weitergearbeitet. Schon seit Anfang Jahr beschäftigen uns die 2022 anstehenden Wahlen auf kommunaler Ebene. Dieses Jahr ging es besonders um die Rahmenbedingungen der Wahlen und die Themen, auf die wir im kommenden Wahlkampf setzen möchten. Neu ist, dass wir für diesen Wahlkampf schon sehr früh Kontakt mit den Sektionen suchten, um ihn schon von Beginn an gemeinsam zu gestalten. Aus diesem Grund führte die GL im November eine Sektionenretraite durch, an der die Themenfelder vorgestellt wurden und die Vertreter*innen der Sektionen schon erste Rückmeldungen geben konnten. Es ist unser Ziel, den Wahlkampf auch weiterhin in enger Zusammenarbeit mit den Sektionen zu

gestalten. Für die Wahlen sind wir zuversichtlich und es ist für uns klar, dass die SP weiterhin den Anspruch auf vier Sitze im Stadtrat stellt. Wie genau wir diesen Anspruch verfolgen wollen, ist aber zurzeit noch offen.

Ebenfalls weitergetrieben wurde unser Projekt «Leben im öffentlichen Raum», das von der GL aus gestartet wurde. Die Projektgruppe besteht nun aus verschiedenen interessierten Personen von inner- und ausserhalb der Geschäftsleitung. Das Ziel ist es, einen sozialdemokratischen Vorschlag dafür zu bieten, wie die Stadt damit umgehen soll, dass das Leben insbesondere bei warmem Wetter immer mehr draussen, im öffentlichen Raum also, stattfindet. Speziell wollen wir aufzeigen, wie die Stimmung und die Sicherheit erhöht werden können, ohne auf immer stärkere Repression zu setzen. Das Ergebnis der Projektarbeit wird ein Positionspapier sein, das noch 2021 der Delegiertenversammlung vorgelegt werden soll.

Nach der Annahme der Velorouten-Initiative durch das Stimmvolk hat die Velo-Gruppe unter der Leitung von GL-Mitglied Anna Graff damit begonnen, die Umsetzung der Initiative zu begleiten. Auch von diesem Projekt abgesehen ist die Velo-Gruppe sehr aktiv, so prüft sie zum Beispiel neue Strassenbauprojekte auf ihre Velotauglichkeit. Die Velogruppe würde sich übrigens sehr über mehr Mit-

glieder aus dem Norden Zürichs freuen! Auch in dieses Jahr fielen die Neuwahlen der Geschäftsleitung, auch diese für einmal digital. Für die Zurückgetretenen wurden Tom Cassé, Alain Thiébaud, Esther Straub, Jean-Daniel Strub und Simone Feuerstein neu gewählt. Auch zurückgetreten war Marco Denoth als Präsident der SP Zürich. An seiner Stelle wurde Oliver Heimgartner, der vorher schon einige Jahre Mitglied der Geschäftsleitung gewesen war, ins Co-Präsidium der Stadtpartei gewählt. Die Zusammenarbeit in der neu zusammengesetzten Geschäftsleitung und unter dem neuen Co-Präsidium ist äusserst angenehm und produktiv.

Ich möchte hier noch einmal die Gelegenheit wahrnehmen, dem Team des Seki ausdrücklich für seine Hilfe zu danken, auch wenn sie es wohl kaum sehen werden. Das Team, das schon unter normalen Umständen sehr viel leistet, hat die Umstellung der ganzen Zürcher SP von off- auf online erst möglich gemacht. Sie haben technische Möglichkeiten geprüft, getestet, eingerichtet und die Geschäftsleitung jederzeit kompetent betreut.

So ist keine einzige GL-Sitzung ausgefallen und es musste auch nie eine Sitzung unterbrochen werden, weil es technische Probleme gegeben hätte. Und auch für die Organisation der Delegiertenversammlungen, die schon unter normalen Bedingungen aufwändig sind, sei ihnen an dieser Stelle herzlich gedankt!

Jonas Keller



Kreisschulbehörde - Jahresrückblick 2020

SCHULEN MEISTERN HERAUSFORDERUNGEN

Behörde und Corona

Wie vieles andere steht auch mein Rückblick auf das Jahr 2020 ganz im Zeichen von Corona. Nach einem ganz normalen Jahresbeginn wurde die Schulbehörde im März mit dem Lockdown für fast drei Monate vollständig lahmgelegt. Es ging uns ähnlich wie dem Parlament. Auch alle Behörden-Sitzungen wurden abgesetzt. Erst mit der Wiedereinführung des Vollzeitunterrichts im Juni konnte die Behörde wieder aktiv werden und die einzelnen Behördenmitglieder waren in der Lage, die noch ausstehenden Schulbesuche weitmöglichst nachzuholen und das Schuljahr regulär abzuschliessen.

Auch im zweiten Halbjahr war der Austausch innerhalb der Behörde – wie andernorts auch – stark eingeschränkt, aber es war bis zum Jahresende möglich, Schulbesuche zu machen, selbstverständlich immer unter Einhaltung der gerade gültigen Hygienemassnahmen (Desinfektion, Abstand, Masken). Sitzungen fanden über Zoom statt und vieles wurde telefonisch oder per Mail geregelt.

Schulen und Corona

Für die Schulen war es ein sehr anstrengendes Jahr. Mit dem Lockdown standen sie vor enormen Herausforderungen, denn innerhalb von zwei, drei Tagen mussten Schulleitungen und alle Schulteams auf Home Schooling umstellen und eine Notfallbetreuung organisieren. Die Home Schooling-Phase konfrontierte die Lehrpersonen der verschiedenen Schulstufen mit unterschiedlichen Problemen (z.B. Materialversorgung über den Briefkasten in der Unterstufe, technische Probleme und fehlende Infrastruktur in der Oberstufe etc.). Der darauffolgende einmonatige Halbklassen-Unterricht brachte viel Erleichterung und wurde von Schulleitungen und Lehrpersonen sehr positiv gesehen. Er ermöglichte es den Kindern und Jugendlichen, in der Schule in Ruhe wieder anzukommen, verschaffte den Lehrpersonen genug Zeit, auf die einzelnen Schülerinnen und Schüler einzugehen. Viel Versäumtes konnte so aufgeholt werden.

Im Verlauf des zweiten Halbjahres hielten die sich immer wieder ändernden Hygiene-Vorschriften – vor allem im November/Dezember – alle Schulen auf Trab, denn die verschiedenen Informationsflüsse mussten funktionieren und verlangten den Schulen einen nicht zu unterschätzenden Zeit- und Arbeitsaufwand ab (Schulamt > Schulpräsidium > Schulleitungen > Team > Schülerinnen und Schüler / Schulleitungen > Team > Eltern).

Auch das Einhalten der Quarantäne-Vorschriften brachte viele kurzfristige Veränderungen in die Teams und war dank grosser Bereitschaft und Flexibilität innerhalb der Teams möglich. Trotz all diesen Zusatzbelastungen war es den Schulen auch in diesem Jahr möglich, in ihren Schulentwicklungsprojekten weiter voranzukommen und die Schwerpunkte ihrer Jahresplanungen einzuhalten. Leider mussten gleichzeitig viele Anlässe und Treffen innerhalb der einzelnen Schulen aus Sicherheitsgründen abgesagt werden (keine Klassenlager,

Ausflüge, Museumsbesuche, Elterntreffen etc).

Wachstum Schulkreis

Wie jedes Jahr nahm auch in diesem die Zahl der Schüler und Schülerinnen weiter zu und die 7000-Grenze wurde «gesprengt».

Mitarbeiterbeurteilungen (MAB): Aufgrund eines vom Kantonsrat gefällten Entscheids im 2019 werden die Behörden ab nächstem Schuljahr 2021/22 nicht mehr an den Mitarbeiterbeurteilungen der Lehrpersonen beteiligt sein, d.h. ein Teil ihrer Pflichten entfällt. Die vollständige Übergabe der Mitarbeiterbeurteilungen an die Schulleitung vereinfacht das aufwändige Beurteilungsverfahren (2 Schulbesuche inkl. Berichteschreibung / MAB fallen weg). Die Meinungen darüber sind innerhalb der Behörde, aber auch innerhalb der SP geteilt.

Gaby Abt Tietje, Fraktionspräsidentin der linken Parteien, Schulkreis Glattal ■



Gaby Abt Tietje informiert über die Biodiversität, SP Sommerwanderung 2020 (Foto: Monika Wicki)

Jahresbericht des Co-Präsidiums

PARTEIARBEIT UNTER PANDEMIE

Das Jahr startete fulminant und wir hatten uns gleich zu Jahresbeginn einiges vorgenommen. Wer hätte damals geahnt, dass viele geplante Aktivitäten im Berichtsjahr gar nicht oder nur digital durchgeführt werden könnten?

Engagiert setzten wir im Januar den Kampf gegen den Rosengartentunnel und den damit verbundenen Ausbau des motorisierten Individualverkehrs fort, der Anfang Jahr auf Hochtouren lief. Neben einer Flyer-Verteil-Aktion organisierte der Vorstand eine Quartierführung, die bislang wenig thematisierte Elemente der Rosengartenvorlage aufgriff. Felix Hoesch, Mitglied der kantonsrätlichen Verkehrskommission, führte eine grössere Gruppe Interessierter durch Orte in Oerlikon, die durch das Rosengartenprojekt ebenfalls umgebaut würden, wie beispielsweise den Berninaplatz, die Bülachstrasse und den Irchelpark. Gross war unsere Freude, als die Stimmberechtigten am 9. Februar die Vorlage mit über 60 Prozent Nein-Stimmen sehr deutlich ablehnten.

Ende Februar nahmen wir uns dann einem nationalen Thema an: Der Gewerkschafter Daniel Lampart informierte uns über die Auswirkungen der Bilateralen, der Personenfreizügigkeit und der flankierenden Massnahmen auf die Berufstätigen. Diese Veranstaltung



Corona-gerechte Vorstandssitzung der SP11 im Sommer 2020 (Foto: Dominique Puenzieux)

war die letzte, die wir in gewohntem Rahmen durchführen konnten, wobei sich hier schon abzeichnete, wie das Jahr werden würde. So sassen wir schon an diesem Abend weit auseinander und verteilten Masken und Desinfektionsmittel. Am selben Tag, an dem wir diese Mitgliederversammlung durchführten, startete auch die Präventionskampagne des Bundesamts für Gesundheit (BAG) gegen das Coronavirus. Händewaschen und Abstandhalten war nun das Gebot der Stunde. Zwei Wochen später folgte dann der schweizweite Lockdown, inklusive Schulschliessungen, was uns alle vor neue Herausforderungen stellte. Von nun an fand die Vorstandsarbeit und jeglicher Austausch digital statt. Kurz vor den Sommerferien entspannte

sich zum Glück die Pandemie-Situation, so dass sich der Vorstand für kurze Zeit mit gebührendem Abstand, im Aussenraum wieder physisch treffen konnte.

Nach den Sommerferien konnten wir im Landhaus Seebach unsere Generalversammlung durchführen. Um funktionsfähig zu bleiben, hatten wir allerdings die Abnahme des Budgets wie auch die Wahlen vorziehen müssen und diese bereits Ende März an einer digitalen Vorstandssitzung durchgeführt. Die Mitglieder wurden damals gleich anschliessend vom Präsidium über die Beschlüsse informiert und hatten 30 Tage Zeit, dagegen Einspruch zu erheben.

An der Generalversammlung haben wir Ruth Anderegg für ihre engagierte und langjährige Arbeit im Vorstand gedankt. Sie trat per März 2020 zurück. Neu in den Vorstand gewählt wurde Livia Gröber, die sich in der Zwischenzeit gut in die Vorstandsarbeit eingearbeitet hat.

Die Mitgliederversammlung mit den Parlamentarier*innen sowie den Mitgliedern der Schulbehörde konnte im September ebenfalls – unter Einhaltung unseres Corona-Sicherheitskonzepts – stattfinden. Als sich die Pandemiesituation im Oktober wieder verschärfte, verlegten wir die nächste Mitgliederversammlung ins Freie. Tamara Funicello führte uns, mit Gesichtsmasken ausgestattet, in Neu-Oerlikon den Strassen entlang, die widerständigen, linken und



Führung zum Rosengartentunnel mit Kantonsrat Felix Hoesch, Januar 2020 (Foto: Jonas Keller)

sozial engagierten Frauen gewidmet worden sind. Unsere zur Tradition gewordene gemeinsame Weihnachts-Mitgliederveranstaltung mit der SP 12 führten wir ebenfalls im Freien, am Waldrand neben der Ziegelhütte, durch. Trotz technischer Probleme und eisiger Temperaturen liessen sich die Anwesenden die Stimmung nicht verderben und genossen das Treffen bei Punsch und Kartoffelsuppe.

Trotz erschwerten Rahmenbedingungen führten wir die an der Vorstandsretirade 2019 erarbeiteten Schwerpunkte weiter. Um für die kommenden Parlamentswahlen gut gerüstet zu sein, haben wir im Berichtsjahr eine Grobplanung des Gemeinderatswahlkampfes erarbeitet, erste Kriterien für Kandidierende aufgestellt und mit den Gemeinderät*innen unserer Sektion Gespräche geführt.

Erneut können wir im Wahlkampf mit einer gut geplanten Unterstützung der Stadtpartei rechnen. Für Interessierte wird am 9. März 2021 SP-Fraktionspräsident der Gemeinderatsfraktion, Davy Graf, über die Aufgaben eines Gemeinderats/ einer Gemeinderätin orientieren. Nach den Sommerferien, am 28. August, findet ein Bildungstag statt, der für alle Kandidierenden verpflichtend ist und an dem die Elemente des Wahlkampfes vorgestellt werden.



Stadtrundgang mit Tamara Funciello im November 2020 (Foto: Monika Wicki)

Etwas schwieriger umzusetzen war unser Vorhaben einer engeren Zusammenarbeit mit anderen Sektionen. Der dafür vorgesehene Besuch von Mitgliederveranstaltungen war nicht umsetzbar, da diese nicht stattfanden. Wir hoffen, dass im neuen Jahr Veranstaltungen wieder physisch durchgeführt werden und wir so andere Sektionen besuchen können. Etwas weiter gediehen ist unsere Idee, in Zürich Nord mit anderen Parteien ein Parteienforum aufzubauen, an dem sich die Präsidien austauschen. Die anderen Parteien sind interessiert und wir werden die Planung eines ersten Treffens vorantreiben, das hoffent-

lich im Sommerhalbjahr physisch stattfinden wird.

Erfreulicherweise konnten wir dieses Jahr erneut viele neue Mitglieder begrüssen. Um die Neumitglieder kennenzulernen, haben wir jeweils Neumitgliederanlässe durchgeführt. Da dies im Corona-Jahr nicht möglich war, haben wir stattdessen eine Telefon-Aktion durchgeführt, an der wir mit den Neumitgliedern telefonisch Kontakt aufnahmen. Dies wurde sehr geschätzt; unsere Neumitglieder zeigten grosses Interesse und Motivation, sich politisch zu engagieren. Mit einigen interessierten Neumitgliedern führten wir dann auch eine Einführungsveranstaltung durch, um ihnen den ersten Kontakt mit der Sektion zu erleichtern. Obwohl auch diese Veranstaltung online stattfand, wurde sie rege besucht.

Dominique Puenzieux & Jonas Keller
Co-Präsidium SP11



Online-Information zur Begrüssung der Neumitglieder im Januar 2021 (Screenshot von Jonas Keller)



Verabschiedung von Ruth Andereg an der Mitgliederversammlung (Foto: Monika Wicki)

Anmerkungen zur Traktandenliste

Zu Traktandum 3.2.

Das Protokoll der letzten Generalversammlung kann bei Jonas Keller eingesehen werden. Bitte meldet euch unter jonas@jonas-keller.ch.

Zu Traktandum 15.1

Der Vorstand kann gemäss Statuten aus maximal elf Personen bestehen.

Die bisherigen Vorstandsmitglieder Karin Boudebouz-Saxer, Florian Blättler, Livia Gröber, Felix Hoesch, Jeanette Isele, Jonas Keller, Ursina Merkler, Dominique Puenzieux, Peter Schädelin und Monika Wicki stellen sich zur Wiederwahl. Nadia Huberson tritt leider zurück.

Wer sich wählen lassen möchte, meldet sich bitte bis am 25. März 2021 beim Co-Präsidenten Jonas Keller jonas@jonas-keller.ch.

Zu Traktandum 15.2 und 15.3

Für das Co-Präsidium stellen sich Jonas Keller und Dominique Puenzieux zur Wiederwahl. Der bisherige Kassier Peter Schädelin stellt sich zur Wiederwahl.

Zu Traktandum 15.4

Guido De Martin, Anjushka Früh und LM kandidieren erneut.

Zu Traktandum 15.5

Unsere Sektion kann 15 städtische, sechs kantonale und (zusammen mit der SP12) eine*n schweizerische*n Delegierte*n stellen. Wer sich wählen lassen möchte, meldet sich bitte bis am 25. März

Nadia Huberson hat sich entschieden, nicht mehr für ein weiteres Jahr für den Vorstand der SP 11 zu kandidieren, um sich mehr auf ihren Beruf und ihre anderen Aufgaben innerhalb und ausserhalb der SP, insbesondere ihre Arbeit als Gemeinderätin zu fokussieren.

Für ihre fleissige Mitarbeit und vor allem für ihr perfekt geführtes Web Content Management und die engagierte Betreuung unserer Social Media Kanäle danken wir ihr ganz herzlich und wünschen ihr weiterhin alles Gute!

Einladung zur

GENERALVERSAMMLUNG VOM DONNERSTAG, 25. MÄRZ 2021

online (Einwahldaten siehe Mail)

Traktandenliste

1. **Begrüssung**
2. **Wahl der Stimmzähler*innen**
3. **Protokoll**
 - 3.1. Wahl Protokollführer*in
 - 3.2. Protokoll der letzten GV
4. **Mitteilungen**
5. **Mutationen /Mitgliederbestand**
6. **Jubiläen**
7. **Jahresbericht des Co-Präsidiums**
8. **Bericht aus dem Gemeinderat**
9. **Bericht aus dem Kantonsrat**
10. **Bericht Kreisschulpflege**
11. **Jahresbericht aus der Geschäftsleitung SP Stadt Zürich**
12. **Kassenbericht**
13. **Revisionsbericht**
14. **Abnahme der Jahresrechnung**
15. **Wahlen**
 - 15.1 Vorstand
 - 15.2 Präsidium
 - 15.3 Kasse
 - 15.4 Wahl der Revisor*innen
 - 15.5 Wahl der Delegierten der Stadtpartei
 - 15.6 Wahl der Delegierten der Kantonalpartei
 - 15.7 Wahl der Delegierten SP Schweiz
16. **Festsetzen der Mitgliederbeiträge**
17. **Festsetzen der Behördensteuern**
18. **Budget**
19. **Präsentation: Infos und Diskussion zum Gemeinderatswahlkampf (durch Geschäftsleitung SP Stadt Zürich)**
20. **Statuten**
21. **Anträge der Mitglieder**
22. **Verschiedenes**

2021 beim Co-Präsidenten Jonas Keller. **Dies gilt auch für die bisherigen Delegierten, welche wieder kandidieren möchten.**

Zu Traktandum 20

Der Vorstand schlägt folgende Statutenänderung vor (Änderungen unterstrichen):

Art 9

6 Die Parlaments- und Behördenmitglieder werden von der Mitgliederversammlung nominiert. Mitgliederver-

sammlungen, an welchen Beschlüsse über Kandidaturen für Behörden gefasst werden, sind nach den Bestimmungen über die Generalversammlung einzuberufen.

7 Mitglieder des Gemeinde- und Kantonsrats brauchen für die Nomination für eine vierte und allfällige weitere darauffolgende Amtsperioden mindestens eine Zweidrittelmehrheit der Nominationsversammlung.

Dominique & Jonas